

60 JAHRE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsreform



Foto: dpa

Bildungsrepublik Deutschland

Zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bildungspolitik zur zentralen politischen Aufgabe für die kommenden zehn Jahre erklärt.

„Wohlstand für alle heißt heute Bildung für alle“, betonte die Vorsitzende der CDU Deutschlands auf einer Festveranstaltung anlässlich der Währungsreform vor

60 Jahren und dem damit verbundenen Beginn der Sozialen Marktwirtschaft. Bildung sichere den Deutschen ihre Zukunft. „Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden“, so die CDU-Vorsitzende.

Angela Merkel erinnerte außerdem an die herausragenden Verdienste von Ludwig Erhard, dem Vater der D-Mark und Initiator

des Wirtschaftswunders vor 60 Jahren: Im zerstörten Nachkriegsdeutschland habe er die Idee der Freiheit in den Köpfen der Menschen neu verankert und dem jungen Deutschland mit seiner Wirtschafts- und Währungsreform zum Aufschwung verholfen. „Seine Ideen waren zum damaligen Zeitpunkt fast revolutionär“, so Angela Merkel, „doch wich-

tig war vor allem: er hat Verantwortung übernommen, und das hat er gerne getan. Erhard selbst beschrieb dies mit dem Wort „Verantwortungsfreudigkeit“. Durch diese Grundhaltung und auch durch die Beharrlichkeit Erhards sei das Wirtschaftswunder gelungen, und so habe Jahre später auch die Wiedervereinigung gelingen können, erklärte die CDU-Vorsitzende.

Eigeninitiative

„Genau diese Energie der Eigeninitiative, diese Kraft der Freiheit waren es, die es möglich machten, 1990 die Deutsche Einheit zu gestalten.“ Trotz aller Herausforderungen der Gegenwart sollte nie vergessen werden: In weniger als 20 Jahren Deutscher Einheit sei es gelungen, 40 Jahre Planwirtschaft und die daraus entstandenen Schäden zu überwinden. „Das ist alles in allem eine großartige Erfolgsgeschichte“, bekräftigte An-

gela Merkel. Weiter betonte die Bundeskanzlerin, dass die Konsolidierung des Bundeshaushalts Vorrang habe vor Steuererleichterungen. „Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes 2011 ist und bleibt unverzichtbar, wenn wir Kraft für die Zukunft wollen“, sagte sie. Zwar gebe es keinen Gegensatz zwischen einer Sanierung der Staatsfinanzen und Entlastungen für die Bürger, betonte die CDU-Vorsitzende. Allerdings gebe es eine zeitliche Abfolge, die eingehalten werden müsse. „Das schafft Verlässlichkeit, und Verlässlichkeit schafft Vertrauen“, sagte sie. Außerdem verwies die Bundeskanzlerin auf die schon erreichten Erfolge der unionsgeführten Bundesregierung: „Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Jahr 2005 um fast zwei Millionen gesunken, über 40 Millionen Menschen sind erwerbstätig – das ist gut für unser Land.“ Da diese positive Entwicklung nicht gefährdet werden dürfe, erteilte die CDU-Vorsitzende

einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eine Absage.

Deutschland: Land der Ideen

Angela Merkel kündigte an, sie werde in den kommenden Monaten zu einer „Bildungsreise“ quer durch Deutschland aufbrechen. Dabei will sie Kindergärten, Seniorenfakultäten, Berufsschulen und private Elterninitiativen besuchen. Die Eindrücke sollen im Oktober in einen nationalen Bildungsgipfel einfließen, den die CDU-Vorsitzende zusammen mit den Bundesländern durchführen will. Ziel sei es, Deutschland als „Land der Ideen“ zu erhalten. Das zentrale Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft bestehe auch heute in der Möglichkeit zum Einstieg und Aufstieg. „Unsere Gesellschaft lebt von der Durchlässigkeit“, betonte Merkel. Eine „Bildungsrepublik Deutschland“ schaffe hierfür die Voraussetzungen.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. — Printausgabe — Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030 22070-360, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226 802-0, Telefax 02226 802-111. Vertrieb: Telefon 02226 802-0, E-Mail: manfred.wissem@ubgnet.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf. Funktions- und Mandatsträger der CDU können den elektronischen UID-Newsletter unter www.uid.cdu.de abonnieren. Die Bezugsgebühren sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

CDU und CSU wollen Familien entlasten

CDU und CSU haben sich für eine stärkere Entlastung von Familien mit Kindern und von Arbeitnehmern mit geringem und mittlerem Einkommen ausgesprochen. Die gemeinsame Präsidiumssitzung von CDU und CSU in Erding bei München mündete in der Erklärung „Gemeinsam für Deutschland. Entschlossen für Bayern.“

Nach dem Willen der Unionsparteien sollen Kindergeld und Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2009 angehoben werden. Die Größenordnung der Entlastung von Familien hänge nun von den Vorgaben des Existenzminimumberichts ab, der im Herbst vorgelegt werde, erklärte Angela Merkel.

Daneben wollen CDU und CSU den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ebenfalls zum 1. Januar 2009 von 3,3 Prozent auf 3,0 Prozent senken. „Wir werden das in die Arbeit der Großen Koalition einbringen“, kündigte die Kanzlerin an. Weitergehenden Wünschen erteilte die CDU-Vorsitzende mit Blick auf das zentrale Ziel der Haushaltskonsolidierung jedoch eine Absage. „Wir wollen keine Steuer-senkungen auf Pump“, be-



Großer Medienandrang: CDU-Vorsitzende Angela Merkel und CSU-Vorsitzender Erwin Huber

tonte Angela Merkel. Vorrang habe weiterhin ein ausgeglichener Haushalt. Für das Jahr 2011 wollen die Unionsparteien einen Etat vorlegen, der ohne neue Schulden auskommt.

Die Präsidiumssitzung zeigte, dass die beiden Unionsparteien über Steuerersenkungen einig sind. Während die CSU bereits ihr Steuerkonzept „Mehr netto für alle“ beschlossen hat, will die CDU ihren Entwurf im Frühjahr 2009 nach den „Maßgaben ‚einfach, niedrig und gerecht‘ vorlegen“. CDU und CSU werden die beiden Steuerkonzepte in einem gemeinsamen Wahlprogramm zusammenführen, heißt es da-

zu in der gemeinsamen Erklärung der beiden Parteipräsidien.

Außerdem sprachen sich beide Parteien für eine Rücknahme des Atomausstiegs aus. Der Ausstiegsbeschluss sei „absolut falsch“, erklärte Angela Merkel. Wer ernsthaft von bezahlbaren Energiepreisen rede, der müsse umdenken. Gleichzeitig sprach sich die Kanzlerin für einen Ausbau erneuerbarer Energien und einen ausgewogenen Energiemix aus.

Die vollständige Erklärung beider Präsidien finden Sie unter: www.cdu.de.



„Wort gegeben – Kurs gehalten“

„Sagen, was man tun will, und tun, was man sagt – Klarheit und Verlässlichkeit müssen wieder Maximen politischen Handelns werden. Nur so kann Politik Veränderungen erfolgreich gestalten.“

Das haben CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm für 2005 bis 2009 versprochen. Blickt man auf den Herbst des Jahres 2005 zurück, wird deutlich, welchen Erfolgskurs Deutschland seit der Regierungsübernahme von CDU und CSU eingeschlagen hat. Dominierten 2005 angesichts der katastrophalen Bilanz der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder Rezessionsangst und steigende Arbeitslosigkeit die täglichen Nachrichten, befindet sich unser

Land inzwischen auf einem guten Weg. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich zu Rot-Grün um zwei Millionen zurückgegangen, über 40 Millionen Erwerbstätige haben einen Arbeitsplatz. Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden ist erstmals wieder zum Greifen nah. Die gute Wirtschaftsentwicklung macht Tariflohnabschlüsse möglich, die wieder deutlich über der Inflationsrate liegen, und auch die Renten konnten – zumindest moderat – zusätzlich angehoben werden.

Wer eine derart positive Entwicklung im Herbst 2005 prognostiziert hätte, wäre nicht nur von allen Experten bestenfalls milde belächelt worden. Gleichzeitig stehen diese extrem erfreulichen Fakten im Kontrast zur viel-

fach gefühlten Stimmung, der „Aufschwung kommt nicht an“.

Dabei ist die Wende zum Besseren auf die richtigen Weichenstellungen seit der Übernahme der Regierungsverantwortung von CDU und CSU zurückzuführen. Ein wesentliches Merkmal der Politik der unionsgeführten Bundesregierung ist im Gegensatz zu Rot-Grün, dass CDU und CSU halten, was sie versprechen. Während die SPD sogar öffentlich einräumt, dass man sie nicht an ihren Wahlkampfversprechen messen dürfe, steht die Union ehrlich und konsequent zu dem, was vor den Wahlen angekündigt wurde. Damit wird wieder einmal deutlich: CDU und CSU kann man vertrauen!

FÜR IHRE ARBEIT VOR ORT



Zu Ihrer Information und für Ihre Arbeit vor Ort hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle unter dem Motto „Wort gegeben – Kurs gehalten“ einige wichtige Versprechen der

Union und deren Einlösung durch die unionsgeführte Bundesregierung gegenübergestellt.

Die Broschüre steht Ihnen unter www.cdu.de zur Verfügung, ist aber auch in gedruckter Form erhältlich – Bestellnummer: 5401; 50 Exemplare kos-

ten 29,50 Euro (inklusive Mehrwertsteuer). Bestellungen richten Sie bitte an die Firma Portica Marketing Support GmbH, Telefax: 02152 91525272, E-Mail: cdu-shop@portica.de oder über unseren Online-Shop im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de.

Versprochen – Gehalten

Wort gegeben (CDU/CSU-Regierungsprogramm)

„Wir wollen **Arbeitslosen** in Deutschland endlich wieder eine Chance geben. Wir wollen Menschen in Arbeit bringen. (...) Sozial ist, was Arbeit schafft!“

„Wir wollen Wachstum schaffen, im umfassenden Sinne.“

„Wir beenden den verhängnisvollen Marsch in den Schuldenstaat. Wir werden eine ehrliche, nachhaltige Haushaltspolitik betreiben, die uns, unseren Kindern und Enkeln wieder Chancen für eine gute Zukunft sichert, dem Staat seine Handlungsfähigkeit zurück gibt und Raum für Zukunftsinvestitionen schafft.“

„Arbeitslose sollen im ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden. Dies gelingt umso leichter, je wettbewerbsfähiger die Wirtschaft in Deutschland ist. Wir werden die Lohnzusatzkosten dauerhaft senken und verbinden dies mit zukunftssträchtigen Strukturveränderungen in den sozialen Sicherungssystemen.“

„Made in Germany muss weltweit wieder das Signum einer leistungsfähigen Gesellschaft werden. Deutschland soll ein Land der Ideen werden, in dem Spitzenforscher und Nobelpreisträger Zukunftstechnologien erforschen, in dem wagemutige Unternehmensgründer Premiumprodukte entwickeln und auf den Markt bringen.“

Kurs gehalten

- Gegenüber dem Höchststand unter Rot-Grün ist die **Zahl der Arbeitslosen bis Mai 2008 um zwei Millionen zurückgegangen.**
- Über 40 Millionen Menschen haben einen Arbeitsplatz – soviel wie nie zuvor in Deutschland.
- 2008 wird es wahrscheinlich **im dritten Jahr in Folge ein Wachstum** von über zwei Prozent geben. Nach 2,9 Prozent (2006) und 2,4 Prozent (2007) erwarten wir für dieses Jahr wieder über 2 Prozent Wachstum!
- Schon heute ist die Neuverschuldung so gering wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Weniger Schulden heißt weniger Belastung für zukünftige Generationen und mehr Handlungsspielräume in der Zukunft.
- Wir setzen die Haushaltskonsolidierung konsequent fort. **Ab 2011 soll der Bundeshaushalt ohne neue Schulden auskommen.**
- Wir haben die **Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent gesenkt** und damit Beschäftigte und Betriebe entlastet. Der Beitrag zur **Arbeitslosenversicherung wurde fast halbiert** – von 6,5 Prozent im Jahr 2005 auf 3,3 Prozent 2008.
- Nach jetzigem Stand ist sogar eine Beitragssatzsenkung auf 3,0 Prozent zum 1. Januar 2009 möglich.
- Bis 2009 investieren wir zusätzlich 6,5 Milliarden Euro in Forschung und Innovation. In diesem Jahr investiert der Bund insgesamt 11,2 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung.
- Die **Hightech-Strategie** schmiedet Innovationsallianzen in den wichtigsten Forschungsbereichen.

Bessere Chancen für Kinder und Jugendliche

Wie können die Chancen von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft weiter verbessert werden? Auf diese Fragen gaben der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla, und die Bundesministerinnen Annette Schavan und Ursula von der Leyen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz Antworten.

Die Union wolle allen Kindern und Jugendlichen die besten Startchancen für eine individuelle Entfaltung bieten, unterstrich der Generalsekretär. Aus ihrem christlichen Verständnis heraus setze sich die CDU für eine gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien, für frühkindliche Erziehung und Bildung ein. Demgegenüber sei das Konzept der SPD ein „alter Hut“. Es handle sich lediglich um einen Sachstandsbericht von Maßnahmen, die das Familien- und das Bildungsministerium bereits in Angriff genommen hätten.

Der SPD-Aktionsplan zur Kinderarmut sei purer „Aktivismus“, betonte Ronald Pofalla. Die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Kürzung des Kinderfreibetrages sei „verfassungs-



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und die Bundesministerinnen Annette Schavan und Ursula von der Leyen

widrig“. Das Existenzminimum könne nicht besteuert werden. Zudem müssten Familien mit Kindern steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose. Die CDU tritt dafür ein, das Kindergeld und den Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2009 zu erhöhen. „Wir wollen alle Familien mit Kindern gleichstellen und nicht Familien gegeneinander ausspielen“, betonte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla.

„Deutschland ist bei der Bekämpfung der Kinderarmut besser als sein Ruf“, versicherte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Dennoch gebe es Länder – etwa Schweden, Finnland und Dänemark – die noch bessere Ergebnisse vorzuweisen hätten. Der Kampf gegen Kinderarmut müsse deshalb fortgesetzt werden. Vor allem Alleinerziehende,

Familien mit Migrationshintergrund und kinderreiche Familien sind nach Aussage von der Leyen besonders betroffen. Diese drei Gruppen gelte es mit gezielten und vernetzten Maßnahmen zu unterstützen. Bundesbildungsministerin Annette Schavan betonte, dass vor allem die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen bei der Weiterentwicklung des Bildungssystems im Vordergrund stehen müssten. Denn für Kinder und Jugendliche sei es wichtig, „dass sowohl die Bildungs- als auch die Familienpolitik auf sie zugeschnitten sind“. Von daher gebe es eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien.

Die CDU-Politikerin betonte, dass an der Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter gearbeitet werden müsse, damit alle Kinder und Jugendlichen die Chance auf einen Abschluss bekommen. Daneben messe die CDU der frühkindlichen Bildung sowie der Aus- und Weiterbildung von Erziehern in Kindergärten und Kindertagesstätten große Bedeutung bei.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie im Internet unter www.cdu.de.

Jubiläum

Maria Böhmer zieht positive Bilanz

Ganz im Zeichen der Zukunft stand der 60. Geburtstag der Frauen Union (FU): „Wir wollen uns nicht darauf ausruhen, was wir bisher erreicht haben“, sagte die Vorsitzende und Staatsministerin Maria Böhmer.

Auch CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla gratulierte zum 60. Jubiläum der Frauen Union. Er würdigte vor allem die Hartnäckigkeit, die die Frauen Union in den vergangenen Jahrzehnten stets ausgezeichnet habe: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Deswegen ist es wichtig und richtig, den Weg, den die Frauen Union seit 60 Jahren geht, nun weiter fortzusetzen.“

Dass das Engagement der FU Früchte trägt, zeigt nicht zuletzt die positive Mitgliederentwicklung: Mit einer gemeinsamen Kampagne von CDU und Frauen Union gelang es, den Frauenanteil unter den Neumitgliedern der CDU auf 30 Prozent zu steigern, während der Gesamtdurchschnitt in der CDU 25 Prozent beträgt.

Doch auch für die Zukunft hat sich die Frauen Union ehrgeizige Ziele gesetzt: In den nächsten zehn Jahren sei „Durchstarten“ angesagt, er-



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und FU-Vorsitzende Maria Böhmer beim Festakt im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin

klärte die Vorsitzende Maria Böhmer. Ziel sei es, dass in zehn Jahren ein Drittel der CDU-Ministerpräsidenten, der CDU-Vorsitzenden im Bund und in den Ländern sowie der Generalsekretäre weiblich sind. Ferner sollten auch ein Drittel der Mitglieder der Vorstände von DAX-Unternehmen und der Gewerkschafts-Vorstände Frauen sein. Dies gelte auch für Chefredakteure und Intendanten.

Bessere Chancen für Frauen im Beruf

Bis es soweit ist, gibt es zweifellos für die Frauen Union noch viel zu tun. Als erster Schritt ist unter Federführung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Eva Möllring ein Positionspapier entstanden,

das sich mit der Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt. Dazu müsse sich das Berufswahlverhalten junger Frauen ändern, fordert Möllring. Denn wer sich für die sogenannten MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) entscheide, habe künftig noch bessere Aufstiegschancen.

Dabei sei es jedoch wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch zu verbessern: Während viele junge Frauen heute allenfalls eine kurze Familienphase einlegten und rasch wieder in den Beruf zurückkehrten, haben Mütter bis vor wenigen Jahren oftmals noch eine längere Auszeit genommen. „Wir wollen deshalb, dass diese kompetenten Frauen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen“, so Maria Böhmer. Neben individuellen beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen plädiert die FU dafür, die Löhne von Frauen und Männern anzugleichen. Noch immer bekämen Männer in Deutschland über 20 Prozent mehr Geld, wie eine aktuelle Studie der EU-Kommission belegt. Dieser Unterschied sei untragbar, betonte Maria Böhmer.

Niedersachsen

David McAllister neuer Landesvorsitzender

Mit einer beeindruckenden Mehrheit von 98,9 Prozent wurde David McAllister von den Delegierten des Landesparteitages zum neuen niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden gewählt.

Er tritt damit die Nachfolge von Ministerpräsident Christian Wulff an, der nach 14 Jahren an der Spitze des CDU-Landesverbandes nicht wieder kandidierte und Mc



Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff und der neue CDU-Landesvorsitzende David McAllister

Allister als Nachfolger vorgeschlagen hatte. Ministerpräsident Christian Wulff unterstrich in seiner Rede, dass sich die Union heute aus einer Position der Stärke heraus erneuere und weiter-

entwickele. Er freute sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Landesvorsitzenden David McAllister. „Wir schließen als Tandem an die Erfolge des Duos Wilfried Haselmann und Ernst Albrecht an“, sagte Wulff

unter dem Beifall der Delegierten und Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Niedersachsen.

Weitere Informationen zum Landesparteitag auf: www.cdu-niedersachsen.de.

CDU – Die Volkspartei in NRW

„Seit drei Jahren geht ein Ruck durch Nordrhein-Westfalen – das Land ist im Aufbruch.“ So lautete das Resümee des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers auf dem Landesparteitag in Dortmund.

2007 habe das Wachstum in Nordrhein-Westfalen mit 2,6 Prozent erstmals seit langem wieder über dem Bundesdurchschnitt gelegen. Die Zahl der Arbeitslosen sei seit dem Re-



Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers

gierungswechsel im Mai 2005 um 300 000 gesunken, bilanzierte der Ministerpräsident. Mit dem Kurs der wirtschaftlichen Vernunft und sozialen Gerechtigkeit

liege die CDU Nordrhein-Westfalen beim Bürger genau richtig, betonte der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst. Er bilanzierte: „Die Herzkammer der Sozialdemokratie ist blutleer, das Ruhrgebiet wird schwarz.“ Die CDU repräsentiere die Mitte der Gesellschaft, sei die Nordrhein-Westfalen-Partei.

Weitere Informationen zum Landesparteitag auf: www.cdu-nrw.de

Kampagnen-Akademie

Zum ersten Mal hat sie stattgefunden – die Kampagnen-Akademie der CDU Deutschlands. 25 junge Menschen, die sich auf Kreis- oder Landesebene für die CDU engagieren, waren eingeladen, eine Woche lang von Wahlkampfprofis aus dem Adenauer-Haus und externen Referenten zu lernen.

Auf dem Programm standen praktische Übungen, aber auch Vorträge aus den verschiedenen Bereichen der Wahlkampfplanung: So mussten die Teilnehmer beispielsweise Strategien und Budgetpläne entwickeln, sich Motive für Plakate oder Ideen für



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla mit Teilnehmern der Kampagnen-Akademie

Werbespots überlegen. Nicht nur die Teilnehmer, sondern auch CDU-Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler waren mit den Ergebnissen der Akademie zufrieden: „Mit der Kampagnenakademie erweitern wir das Serviceangebot

des Konrad-Adenauer-Hauses um einen wichtigen Baustein, und wir setzen neue Akzente in der Qualifizierung und Förderung junger Nachwuchskräfte in unserer Partei. Der große Anklang zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.“

JOCHEN KONRAD FROMME ALS VORSITZENDER BESTÄTIGT

Der Landesverband Braunschweig hat auf seinem Parteitag in Salzgitter den amtierenden Vorsitzenden Jochen Konrad Fromme mit über 90 Prozent im Amt bestätigt.

Stellvertreter Frommes sind die Landtagsabgeordneten Heidemarie Mundlos und Rudolf Götz sowie Silke Weyberg, Kreisvorsitzende der CDU in Peine.

In seiner politischen Bilanz als Landesvorsitzender machte Fromme deutlich,



Jochen Konrad Fromme MdB

dass es zur Konsolidierungspolitik der Bundesregierung keine Alternative gebe. Geld müsse „erst verdient werden“, bevor man es verteilen könne. Bundeskanzlerin Merkel habe mit der Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs die Basis für die Chance auf höhere Löhne und damit höhere

Renten geschaffen. Diese Entwicklung dürfe nicht gefährdet werden.

Im Mittelpunkt des Leitanspruchs „Mehr Kinderlachen im Braunschweiger Land“ stand die Verbesserung der Situation für Familien. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen plädierte in diesem Zusammenhang eindringlich für ein Gesamtkonzept zum Kinderschutz und zur Stärkung der Kinderrechte.

Volker Kauder

Union bleibt Garant für Stabilität

Die Führung der SPD hat das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand. Immer mehr lässt sich die SPD von der Linkspartei treiben. Diese Führungsschwäche zeigt sich auch bei der Wiederwahl des Bundespräsidenten.

Statt als Regierungspartei mit uns gemeinsam den erfolgreichen und beliebten Bundespräsidenten Horst Köhler wiederzuwählen, haben sich die Sozialdemokraten nach langem Gezerre und aus reinem Machtkalkül entschlossen, eine eigene Kandidatin zu nominieren. Und diese ist sich nicht zu schade, öffentlich anzukündigen, aktiv um eine Unterstützung durch die Linkspartei werben zu wollen. All dies ist eine große Belastung für die Koalition. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten aber mit Recht, dass wir die Sachpolitik in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen und nicht uns selbst. In dieser Situation ist es die Union, die mit klarem Kurs die eingeschlagenen Reformanstrengungen und die begonnenen Projekte fortführt und für Stabilität in der Regierungskoalition sorgt. Wir



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

haben die Neuverschuldung auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesenkt und halten am Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes 2011 fest.

Ziel bleibt ausgeglichener Haushalt

Und selbstverständlich wollen wir die Bürgerinnen und Bürger so bald wie möglich entlasten, dürfen dies aber nicht zu Lasten der Haushaltskonsolidierung tun. Schon heute gibt der Bund jährlich etwa 40 Milliarden Euro für Zinszahlungen aus. Geld, das für zukunftsweisende Investitionen und Steuersenkungen fehlt. Wir müssen alles vermeiden, was unsere fi-

nanziellen Spielräume weiter einengt und unseren Kindern noch höhere Belastungen auferlegt. Dort, wo Spielraum besteht, wie etwa beim Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, werden wir schnell handeln und für weitere Entlastung der gesellschaftlichen Mitte sorgen. Die SPD wird sich mit ihren Steuererhöhungsvorschlägen und steuerpolitischen Umverteilungsvorstellungen nicht durchsetzen. Die Steuervorschläge der SPD sind beschäftigungsfeindlich und treffen damit insbesondere eine breite gesellschaftliche Mitte, die wir entlasten wollen.

Seit der Regierungsübernahme durch die Union und unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel wurden bis heute knapp eine Million sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Dieser Erfolg darf nicht vereitelt werden. Die Union bleibt Garant für Wachstum und Beschäftigung. Dies gilt auch für die Reform der Erbschaftsteuer, die nicht zu einer überbordenden Belastung für den Mittelstand werden darf.

Ronald Pofalla

Becks linke Republik

Auf dem so genannten „Zukunftskongress“ der SPD in Nürnberg am 31. Mai sollte es ursprünglich um den Kurs der SPD gegenüber der Linkspartei gehen. Aber seit der Nominierung von Frau Schwan zur Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten ist diese Diskussion überflüssig. Denn der Kurs der SPD ist endgültig klar: Er führt auf gerader Linie nach links, in die unmittelbare Zusammenarbeit mit der Linkspartei.

Die Bekundungen von Beck, auf der Bundesebene mit der Linkspartei nicht zusammenarbeiten zu wollen, haben seit dem angekündigten Werben um die Stimmen der Linken in der Bundesversammlung endgültig keine Glaubwürdigkeit mehr.

Dabei müsste gerade der Blick in die Geschichte genügen, der SPD vor Augen zu führen: Ihr Kurs ist falsch. Seit dem 19. Jahrhundert ist die Geschichte der SPD im Grunde eine der Abweisung des Marxismus. Ferdinand Lassalles „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“ von 1863 – mit dem alles anfing – war national-reformerisch, nicht marxis-



Ronald Pofalla MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands

tisch. Nach der Vereinigung von Lassalles Verein mit August Bebel und Wilhelm Liebknechts „Sozialdemokratischer Arbeiterpartei“ 1875 in Gotha gab es ein jahrelanges Ringen zwischen Reform und Revolution. Aber es setzte sich die Reform durch.

Nach dem Ersten Weltkrieg verhinderte auch die SPD mit ihrem beherzten Auftreten für eine Republik, dass Spartakisten und Kommunisten Deutschlands Zukunft bestimmten. Von Beginn an und bis zum Ende war die SPD eine der tragenden Parteien dieser Weimarer Republik. Dagegen standen SPD und Kommunisten in diesen Jahren in dauerhafter Gegnerschaft. Regierungsbeteiligungen der SPD trieben der KPD

enttäuschte Arbeiter zu. Die KPD bekämpfte die Sozialdemokraten als „sozialfaschistisch“. Und Kurt Schumacher, der spätere SPD-Parteivorsitzende, bezeichnete die Kommunisten 1930 sehr treffend als „rotlackierte Doppelausgabe der Nationalsozialisten“.

Traurig, daran erinnern zu müssen: 1946 kam es in der Sowjetischen Besatzungszone zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Es folgte die Flucht zahlreicher ostdeutscher Sozialdemokraten, die sich dem Druck nicht beugen wollten, in die Westzonen. Viele gingen für ihre Überzeugungen auch in Lager wie Buchenwald oder ins sowjetische Workuta.

Doch die Erinnerung daran verblasste schnell. In den 80er Jahren bereits hatte die SPD die Deutsche Einheit aufgegeben und setzte auf eine Anerkennung der SED, auf Erich Honecker und Erich Mielke. 1987 – kurz vor dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ – erarbeiteten SPD und SED ein gemeinsames Grundwertepapier. Und nach dem 9. November 1989 verstieg sich Walter Momper (SPD), da-

mals Regierender Bürgermeister Berlins, zu der hanebüchenen Fehleinschätzung, bei der wohl der Wunsch Vater des Gedankens war: Es gehe nicht um die Wiedervereinigung, es gehe nur um ein „Wiedersehen“.

In Bündnissen von SPD und SED-Nachfolgepartei wuchse heute zusammen, was nicht zusammengehört. Die SPD hat im 20. Jahrhundert das System der parlamentarischen Demokratie in Regierung und Opposition wesentlich mitgeprägt und mitgetragen, und ist dafür von Kommunisten und Sozialisten angefeindet und verfolgt worden. So ist es heute wieder. Trotz aller Fusionen und Namensänderungen verwaltet die Linkspartei das Erbe der SED und verkündet die Diktatur DDR. Sie will das parlamentarisch-repräsentative System, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik überwinden und feindet die SPD für deren Regierungspolitik der letzten Jahre an. „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ – riefen die Linken auf den Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze, und „Arbeitverräter!“ beleidigen sie heute wahlkämpfend Sozialdemokraten.

Denn es ist neben der Geschichte auch die pro-

grammatische Gegenwart der Linkspartei, die der SPD eine Warnung sein sollte. In der Innenpolitik besteht diese Pseudo-Programmatik aus populistischen Forderungen nach mehr Geld, die niemand jemals bezahlen kann. Die SPD-Bundestagsfraktion selbst hat ausgerechnet, dass all die vermeintlichen Wohltaten jedes Jahr fast 155 Milliarden Euro kosten würden.

Außenpolitische Isolation

Im Innern würden die Forderungen der Linkspartei unser Land in den wirtschaftlichen und sozialen Ruin führen, außenpolitisch in die Isolation. Der Generalsekretär der NPD hat bemerkt, dass Oskar Lafontaine „in der Außenpolitik lupenreine und völlig authentische NPD-Positionen“ vertritt. Antiamerikanismus, viel Lob und Verständnis für diktatorische und autoritäre Staaten wie Kuba oder Iran, Rückzug aus Verteidigungsbündnissen und internationaler Verantwortung – das sind die Zutaten einer Politik, die uns die Teilung der Welt und unseres Vaterlandes bis heute erhalten hätte. Ihre außenpolitische Gefährlichkeit hat die Links-

partei gerade erst im Bundesrat wieder unter Beweis gestellt: Ausgerechnet in der Bundeshauptstadt Berlin hat sich die SPD von der Linkspartei dazu zwingen lassen, der Reform der Europäischen Union nicht zuzustimmen. Ein beschämender Vorgang, der Berlin in ganz Europa blamiert hat.

Gegeben alle historische Erinnerung und politische Vernunft geht die SPD unter Kurt Beck programmatisch und koalitionspolitisch auf die Linkspartei zu. Aber diese Strategie ist bereits heute gescheitert. Die Linkspartei legt überall zu – und zwar auf Kosten der SPD. Im Westen Deutschlands zieht sie in die Landesparlamente ein, im Osten ist sie vielfach sogar stärker als die SPD. Die SPD hat die Linkspartei stark gemacht. In ihrem eigenen Interesse und im Interesse der politischen Kultur in Deutschland sollte die SPD ihren Kurs ändern. Die Sozialdemokraten sollten auf Klaus v. Dohnanyi hören, der vor Monaten forderte: „Wir müssen die SED-Nachfolgepartei offen und unnachgiebig stellen: Wir müssen ihre fehlgeschlagene Utopie aufdecken. Es war auch ein Fehler meiner Partei, hier nicht immer auf Klarheit gedrungen zu haben.“ Es ist immer noch ein Fehler.

Materialien zur Linkspartei

„Wir stellen die Systemfrage!“ – das sagt der Vorsitzende der Linkspartei Lothar Bisky. Ein Ausrutscher war sein Schlachtruf nicht: Das Programm der Linken ist eine Sammlung extremer Positionen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Fakten über die Linkspartei in einer Dokumentations- und Flugblattreihe zusammengetragen. Diese finden Sie in der rechten Spalte auf www.cdu.de

Dokumentationen:

- **„Alte Erblasten und erneuerte Ressentiments“**
Das Führungspersonal der Linkspartei.
- **„Beschönigen, Verharmlosen, Leugnen“**
Wie die Linkspartei mit der eigenen Vergangenheit und begangenen Unrecht umgeht.

- **„Finanzieller Offenbarungseid“**

Wie die Linkspartei unser Land in den Ruin treiben will.

- **„Programmatischer Plattenbau“**

Die Programmatik der Linkspartei und ihr Verhältnis zum Grundgesetz.

- **„Das Abstiegsmodell“**

Eine Bilanz der rot-roten Bündnisse in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Flugblätter:

- Die gefährliche Außenpolitik der Linkspartei.
- SPD und Linkspartei – der Wortbruch hat Tradition.
- Die traurige Bilanz der rot-roten Bündnisse.
- Die absurden Forderungen der Linkspartei.

IHR WEG INS CDUNET

Wenn Sie sich zum ersten Mal in das CDU-Mitgliedernetz einwählen wollen, gehen Sie bitte wie folgt vor: Klicken Sie auf www.cdunet.de auf den Link „Erstmalig anmelden“ auf der linken Seite. Wählen Sie im anschließenden Formular Ihren persönlichen Benutzernamen (Nickname), Ihr gewünschtes Passwort und geben Sie Ihre E-Mail-Adresse ein. Anschließend erhalten Sie automatisch eine E-Mail an die von Ihnen im Registrierungsformular angegebene E-Mail-Adresse. Bestätigen Sie Ihre Registrierung auf den in dieser E-Mail enthaltenen Link. Nach dem Aktivieren Ihres Zugangs können Sie sich mit Ihrem gewählten Benutzernamen und dem Passwort anmelden! Sollten Probleme auftauchen, wenden Sie sich einfach an support@cdunet.de.

AKTUELLE MATERIALIEN IM CDU-MITGLIEDERNETZ UNTER WWW.CDUNET.DE

Aktuelle Flugblätter:

- Chancen für Kinder verbessern, Familien stärken
- Koalition schließt Sicherheitslücke
- Zwei Millionen Arbeitslose weniger als unter Rot-Grün

- Beck stellt die Weichen auf Rot-Rot-Grün

Parteiarbeit vor Ort/ Veranstaltungsplanung:

Damit die „Fußballfeste“ der CDU-Gliederungen und Vereinigungen nicht zu bö-

sen Überraschungen führen, müssen einige rechtliche Rahmenbedingungen beachtet werden.

Diese finden Sie auf der Startseite des CDU-Mitgliedernetzes unter www.cdunet.de.

MediaNight 2008

CDU diskutiert medienpolitische Herausforderungen

Welche Möglichkeiten bietet das Internet? Und welche Risiken sind mit seiner Nutzung verbunden? Nur zwei der Fragen, die im Mittelpunkt der sechsten CDU MediaNight im Berliner Konrad-Adenauer-Haus standen.

Nach der Begrüßung durch CDU-Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler eröffnete Kulturstaatsminister Bernd Neumann die traditionelle medienpolitische Fachtagung der CDU. Als besondere Herausforderung bezeichnete er die „digitale Piraterie“. Obwohl sich mit 312 Millionen illegaler Musik-Downloads im Jahr 2007 die Zahl seit 2003 fast halbiert habe, „kommen noch immer zehn illegale Downloads auf einen legalen“. Den dadurch entstandenen Schaden bezifferte Neumann auf 349 Mio. Euro allein im Jahr 2007. Deshalb stehe der Schutz des geistigen Eigentums ganz oben auf seiner Arbeitsagenda.

In ihrer Rede machte die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, deutlich, dass insbesondere mit den so genannten Neuen Medien vor allem ungeheure



Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, auf der MediaNight 2008

Chancen verbunden seien. Umso wichtiger sei es, Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz und Risikobewusstsein beim Umgang mit dem Internet zu vermitteln. Während Computer- und Fernsehkonsum dominierten, geht die Bedeutung der Printmedien zurück. Vor diesem Hintergrund begrüßte Angela Merkel ausdrücklich die Initiative von Staatsminister Bernd Neumann für ein „Nationales Netzwerk Zeitungen und Zeitschriften“. Ziel der Initiative ist es, Jugendliche wieder stärker für Printmedien zu begeistern.

Anschließend diskutierten CDU-Politiker mit Vertretern

der Medienbranche in vier verschiedenen Foren über aktuelle Herausforderungen der Medienpolitik sowie die Trends des Jahres.

FOCUS-Herausgeber Helmut Markwort erinnerte in seinem Redebeitrag an die elementare Bedeutung der Parteien für unser Staatswesen: Als Lehre aus der Geschichte räume das Grundgesetz den Parteien in Artikel 21 eine wichtige Rolle bei der politischen Willensbildung des Volkes ein. Vor diesem Hintergrund forderte Markwort die Parteien auf, mit Selbstbewusstsein und Stolz ihrer wichtigen Rolle gerecht zu werden.

Werner Langen

Deutsche Sprache darf im EU-Sprachenregime nicht benachteiligt werden

Die französische Regierung plante Presseberichten zufolge, während der am 1. Juli beginnenden französischen EU-Präsidentschaft ausschließlich Französisch als Arbeitssprache auf Beamtenebene zu verwenden. Eine solche Regelung würde klar gegen das geltende Sprachenregime der Europäischen Union verstoßen.

Dieses sieht die gleichberechtigte Verwendung der drei Arbeitssprachen Deutsch, Englisch und Französisch in der EU vor. Mittlerweile hat die Diskussion zur Überprüfung der Überlegungen der französischen Regierung geführt. Spätestens seit der großen Erweiterungsrunde 2004 ist es in Rat und Parlament üblich, dass neben der völlig legitimen Verwendung der jeweiligen Landessprache mindestens auch die Arbeitsfähigkeit in Englisch sichergestellt sein muss. Die von Paris geplante alleinige Verwendung der französischen Sprache auf Arbeitsebene würde alle Länder außerhalb des französischen Sprachraums klar benachteiligen. Gerade ein großer Staat wie Frankreich, zudem EWG-Gründungsmitglied, muss



Werner Langen MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

aber Garant der Sprachenvielfalt sein. Eine künstlich herbeigeführte Bevorzugung des Französischen ist ebenso wenig wünschenswert wie die alleinige Dominanz des Englischen. Die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament treten daher für die Pflege der Sprachenvielfalt in der Europäischen Union ein. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass Deutsch die Sprache mit den meisten Muttersprachlern und Englisch die am weitesten verbreitete Fremdsprache in der EU ist. Eine einseitig von Paris verfügte Verwendung des Französischen wäre deshalb nicht nur ein Affront, sondern hätte auch erhebliche Auswirkungen auf das zukünftige EU-Sprachenregime im Lichte

der mit dem Lissabonner Vertrag verbundenen institutionellen Veränderungen. Dabei steht die Sorge im Raum, dass der zukünftige Europäische Auswärtige Dienst allein auf Englisch und Französisch reduziert werden könnte. Eine solche Entwicklung wäre ein gefährlicher Präzedenzfall für die mittelfristige Verdrängung des Deutschen und aller anderen Landessprachen aus den EU-Institutionen. Hier muss die Bundesregierung unmittelbar gegensteuern. Sprachenfragen dürfen nicht länger, wie in Deutschland weit verbreitet, als vermeintliche 'Bagatelle' betrachtet werden. Gerade wir Deutschen müssen mehr für unsere Sprache tun. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament unterstützt deshalb ausdrücklich die jüngste Initiative der deutschsprachigen Regionen für eine stärkere Verwendung des Deutschen auf EU-Ebene. Die Kommunikation in der jeweiligen Muttersprache ist Ausdruck der kulturellen Vielfalt und Identität der 27 EU-Mitgliedstaaten und Voraussetzung für eine hohe Qualität und Verlässlichkeit der EU-Gesetzgebung.

Integration ist „Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“

Beim Vierten Integrationspolitischen Dialog mit zahlreichen Einwandererorganisationen am 4. Juni hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel für größere Anstrengungen zur Integration von Ausländern ausgesprochen.

Die Einbeziehung der Migranten in die Gesellschaft sei ein „wirkliches Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“, betonte Angela Merkel im Bundeskanzleramt. Die aktuellen integrationspolitischen Herausforderungen seien vergleichbar mit dem Systemwechsel im Nachkriegsdeutschland beim Übergang zur Marktwirtschaft sowie beim Neuaufbau eines durchlässigen Bildungswesens. In beiden Fällen seien „neue Kräfte freigesetzt“ worden. „So etwas müssen wir wieder schaffen“, forderte die CDU-Vorsitzende.

Einer der zentralen Punkte für gelungene Integration sei die Bildung. Fortschritte auf diesem Gebiet seien auch angesichts des Fachkräftemangels dringend notwendig. Erste Erfolge gebe es nach Auskunft der für Integration zuständigen Staatsministerin Maria Böhmer insbesondere bei der Umsetzung des Natio-



Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, und die Vertreter der Migrationsorganisationen beim Gruppenbild im Anschluss an den 4. Integrationspolitischen Dialog im Kanzleramt

nen Integrationsplans durch Migrantenorganisationen unter Mithilfe der Wirtschaft und den überwiegend ehrenamtlich tätigen Mitbürgern ausländischer Herkunft. Dennoch blieben noch immer rund 40 Prozent der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien ohne berufliche Qualifikation. Dies sei eine erschreckend hohe Zahl, mahnte Böhmer.

Zur Messung von Integrationsfortschritten beschloss das Bundeskabinett ein Monitoring-Konzept. Anhand von 100 Indikatoren aus 14 Themenfeldern soll zukünftig die Entwicklung der Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund regelmäßig gemessen und im Zeitverlauf beschrieben werden. Das Mo-

onitoring biete damit „wesentliche Anhaltspunkte für die Verbesserung integrationspolitischer Instrumente und Maßnahmen“, erklärte Maria Böhmer. Die Themenfelder reichen von Einbürgerung, Bildung und Ausbildung, Fragen der Integration in den Arbeitsmarkt und der sozialen Stellung bis zu Wohnen, politischem Engagement, Medienutzung, Kriminalität und Fremdenfeindlichkeit.

Die Ergebnisse würden zukünftig für die Gesamtbevölkerung und für Menschen mit Migrationshintergrund ausgewiesen. Die Daten sollen geschlechtsspezifisch und teilweise auch nach Altersgruppen gesondert ausgewertet werden.

Afrika als Partner auf Augenhöhe

Afrika hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Obwohl es noch immer erhebliche Sicherheits- und Entwicklungsprobleme gibt, zeichnet sich Afrika inzwischen durch eine positive Dynamik aus. Deutschland hat großes Interesse an einer gleichberechtigten Wirtschaftspartnerschaft mit den afrikanischen Staaten.



Hartwig Fischer MdB, Afrikaexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Malaria und Tuberkulose bereitgestellt. Auch die deutsche Entwicklungshilfe stieg in den vergangenen zwei Jahren um jeweils 300 Millionen Euro und wurde in diesem Jahr um rund 750 Millionen Euro aufgestockt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrich bereits im Rahmen des G8-Gipfels, dass Afrika ein „Partner auf gleicher Augenhöhe“ sein müsse, mit Rechten, aber auch mit Pflichten. Die selbständige Entwicklung Afrikas sei eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Zu einer offenen und ehrlichen Partnerschaft gehört, gemeinsame Interessen zu benennen; aber auch, gegenteilige Ansichten aufzuzeigen. Wichtig ist der Dialog: Afrika darf nicht nur als Ort einer ständigen Wohltätigkeitsveranstaltung gesehen werden,

wie es von verschiedenen Seiten suggeriert wird, sondern als ein Kontinent, an dem Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft großes Interesse haben müssen. Ziel der Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe ist daher, die afrikanische Wirtschaft durch den Aufbau eines afrikanischen Mittelstands zu stärken. Das Wirtschaftsbudget der afrikanischen Staaten soll durch einen transparenten Abbau und fairen Handel mit eigenen Rohstoffen zu Welthandelspreisen stabilisiert werden. Von einer Teilhabe am Rohstoffhandel zu fairen Weltmarktpreisen profitieren nicht nur die afrikanischen Länder, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland.

Afrika spielt auch eine Rolle im Rahmen deutscher Sicherheitsinteressen. Spätestens seit dem 11. September 2001 rücken fragile und instabile Staaten als Rückzugsräume für Terroristen und nicht-staatliche Gewaltakteure immer mehr ins Blickfeld sicherheitspolitischer Überlegungen. Deswegen müssen wir uns für Frieden und Sicherheit für die Menschen in Afrika einsetzen und über humanitäre Hilfe hinaus Unterstützung leisten.

Neben die traditionelle Kooperation sind die Beteiligung Deutschlands an internationalen Friedenseinsätzen in Afrika, die stärkere Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich sowie die Initiative von Bundespräsident Horst Köhler „Partnerschaft mit Afrika“ getreten. Diese neuen Kooperationen haben auch dazu beigetragen, die deutsche Öffentlichkeit für die Belange Afrikas zu interessieren.

Die große Bedeutung, die Afrika für Deutschland und die G-8-Staaten hat, wurde zuletzt auf dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm deutlich. Neben dem Beschluss zur Verdopplung der Entwicklungshilfe auf 50 Milliarden Dollar bis 2010 wurden auch weitere 60 Milliarden Dollar für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie Aids,

Auf in den Sommer!



Frisbeescheibe

Bestell-Nummer: **9354**
Preis je **10 Stück: 8,40 €**
inkl. MwSt.: 10,00 €



Strandsandale – „CDU“

Damen
Einheitsgröße ca. 38–40

Herren
Einheitsgröße ca. 41–44

Bestell-Nummer: **9344**
Preis je **1 Paar: 2,50 €**
inkl. MwSt.: 2,98 €

Bestell-Nummer: **9345**
Preis je **1 Paar: 2,50 €**
inkl. MwSt.: 2,98 €



Sonnenblende „CDU“

aus Pappe

Bestell-Nummer: **9349**
Preis je **100 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: 13,09 €

Wasserball
Durchmesser 30 cm

Bestell-Nummer: **9873**
Preis je **10 Stück: 14,00 €**
inkl. MwSt.: 16,66 €



Attraktive Werbemittel für Groß und Klein



Windmühle „CDU“

Bestell-Nummer: 9348
Preis je 125 Stück: 56,00 €
inkl. MwSt.: 66,64 €



Straßenmalkreide

Bestell-Nummer: 9347
Preis je 20 Schachteln: 12,00 €
inkl. MwSt.: 14,28 €



Seifenblasenspender „CDU-Smilie“

Bestell-Nummer: 9346
Preis je 36 Stück: 14,58 €
inkl. MwSt.: 17,35 €



CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: 9304
Preis je 500 Stück: 32,50 €
inkl. MwSt.: 38,68 €

UiD-Newsletter – Immer aktuell informiert

Sie sind Funktions- und Mandatsträger der CDU Deutschland? Sie haben Interesse, immer aktuell über Serviceangebote der CDU-Bundesgeschäftsstelle wie Flugblätter, Hintergrundpapiere, Musterreden, Werbematerialien etc. informiert zu werden? Dann abonnieren Sie kostenlos den UiD-Newsletter. Melden Sie sich einfach an unter www.uid.cdu.de oder schicken Sie eine E-Mail mit Ihrem Namen, Vornamen, Funktion bzw. Mandat sowie Ihrer Mitgliedsnummer an uid-redaktion@cdu.de.

UID UNION IN DEUTSCHLAND

Anmeldung zum UID-Newsletter.

Sie sind Funktions- oder Mandatsträger der CDU Deutschlands? Sie sind an einem Bezug des UID-Newsletters interessiert? Dann füllen Sie bitte alle Felder der rechten Spalte aus. Ihre Mitgliedsnummer finden Sie z.B. auf Ihrem CDU-Mitgliedsausweis.

Mitgliedsausweis.

Name		
Elke Madermann		
Jahresbeitrag	Mitglied seit	Mitgliedsnummer
08.02.1988	03.1999	0123-0-11111

**Mitgliedsnummer
0123-0-11111**

Die zehnstellige Mitgliedsnummer bitte ohne Zusatzzeichen (etwa "-" und "A") eingeben, also beispielsweise "0123011111".

Vorname:*

Nachname:*

CDU-Funktion/CDU-Mandat:*

E-Mail:*

Mitgliedsnummer:*

Sie haben Ihre Mitgliedsnummer nicht griffbereit? Kein Problem: Wir helfen Ihnen gerne. Rufen Sie einfach unsere Hotline an (Tel. 030 - 220 70 220) oder schicken Sie eine E-Mail an uid-redaktion@cdu.de

* Pflichtfelder

© CDU Deutschlands | Impressum